

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 226/2020

Sitzung vom 16. September 2020

897. Anfrage (Geschäftsbeziehungen mit MIGROS)

Die Kantonsräte Stefan Schmid, Niederglatt, und Claudio Schmid, Bülach, haben am 15. Juni 2020 folgende Anfrage eingereicht:

Am vergangenen Mittwoch wurde die jüngste Mohrenkopf-Debatte durch eine Frau auf Twitter angestoßen. Sie schrieb am Mittwoch die MIGROS an, der Name der Dubler-Mohrenköpfe sei «rassistisch konnotiert». Die MIGROS gab noch am selben Tag bekannt, dass man das kritisierte Produkt nicht mehr führen wolle. Man habe das Sortiment im Zuge der «aktuellen Debatte» überdacht. Gemeint sind die Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt in den USA, die sich auch in der Schweiz punktuell fortsetzten.

Die Schweizer Lebensmitteloligarchin tätigte innert Tagesfrist einen Verlegenheitsentscheid und verbannte ein sehr beliebtes Schweizer Qualitätsprodukt aus den Regalen. Dieser Entscheid befremdet offenbar die klare Mehrheit der Bevölkerung und MIGROS erntete einen medialen Shitstorm. Besonders stossend an der Verbannung des Dubler-Mohrenkopfs aus den Regalen, ist die Tatsache, dass die Genossenschaft MIGROS Basel den Mohrenkopf eines anderen Produzenten weiterhin im Sortiment führt. Offenbar werden einzelne Produzenten unter öffentlichem Druck durch die MIGROS diskriminiert.

Den Unterzeichnenden ist es wichtig, dass der Kanton Zürich auf Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten baut, welche überlegt handeln und ein hohes Mass an Geschäftsethik an den Tag legen.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Welche geschäftlichen Beziehungen unterhält der Kanton Zürich mit der MIGROS?
2. Welche geschäftlichen Beziehungen mit MIGROS unterhalten die Institutionen, welche im Besitz oder Mehrheitsbesitz des Kantons sind?
3. Falls Geschäftsbeziehungen mit der MIGROS bestehen, In welche Form verfolgt der Regierungsrat die Sachlage und das Verhalten der Grossisten weiter?

Auf Antrag der Staatskanzlei
beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Stefan Schmid, Niederglatt, und Claudio Schmid, Bühlach, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Der Kanton und die Institutionen im Besitz oder Mehrheitsbesitz des Kantons haben verschiedene Geschäftsbeziehungen mit der Migros bzw. deren Tochterunternehmen. Diese betreffen hauptsächlich untergeordnete Bereiche, weshalb auf eine umfassende Darlegung verzichtet wird. Geschäftsbeziehungen bestehen beispielsweise in folgenden Bereichen:

Justizvollzug und Wiedereingliederung verfügt insgesamt über zehn Gefängnisbetriebe sowie ein Massnahmenzentrum. Diese sind bis heute bezüglich des Einkaufs von Waren selbstständig organisiert. Einige wenige Gefängnisse beziehen von der Migros direkt Waren in unterschiedlicher Menge je nach Bedarf. Es bestehen keine besonderen vertraglichen Bindungen zwischen der Migros und diesen Institutionen. Einige wenige Institutionen beziehen – ebenfalls je nach Bedarf – Waren von der Saviva AG, einer Tochtergesellschaft der Migros.

Im Bereich Kultur ist zu erwähnen, dass die Leiterin der Fachstelle Kultur einen regelmässigen Austausch mit der Leiterin des Migros-Kulturprozents pflegt. Auch auf der Fachebene finden regelmässig Treffen statt. Zudem ist die Leiterin des Migros-Kulturprozents Abgeordnete des Kantons Zürich im Vorstand der Zürcher Kunstgesellschaft (RRB Nr. 669/2019).

In der Volkswirtschaftsdirektion pflegt einzig der Bereich Arbeitsmarkt (angesiedelt im Amt für Wirtschaft und Arbeit) direkte geschäftliche Beziehungen mit der Migros. Der Bereich Arbeitsmarkt unterhält mit der Genossenschaft Migros Zürich bzw. der Klubschule Migros Zürich mehrjährige Rahmenverträge und Leistungsvereinbarungen für kollektive Bildungsmassnahmen für Stellensuchende im Kanton Zürich gemäss dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (SR 837.0).

Das Universitätsspital Zürich bezieht von der Migros Dienstleistungen (Sprachkurse), verschiedene Kleinbeschaffungen und in Einzelfällen Cateringservices. Die Gesamtumsätze bewegen sich im kleineren fünfstelligen Bereich. Auch das Kantonsspital Winterthur bezieht von der Migros jährlich Dienstleistungen und Kleinbeschaffungen im fünfstelligen Bereich. Zudem werden von den zur M-Industrie gehörenden Tochtergesellschaften Saviva AG, Bischofszell Nahrungsmittel AG und Midor AG Lebensmittel im Wert von rund Fr. 500 000 pro Jahr beschafft. Die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich pflegt mit der Sparte Detailhandel der Migros keine Geschäftsbeziehungen. Im Bereich Grosshandel

bezieht sie einige Produkte und Dienstleistungen, die an Unternehmen der M-Industrie vergeben wurden: Saviva AG, JOWA AG, Midor AG, Bischofszell Nahrungsmittel AG und ELSA. Das Einkaufsvolumen in diesem Bereich liegt bei rund Fr. 650 000 pro Jahr. Die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland bezieht von den zwei zur M-Industrie gehörenden Tochterunternehmen Saviva AG und Galaxus Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs mit einem Volumen von insgesamt rund Fr. 150 000.

Im Weiteren mietet der Kanton Zürich, vertreten durch das Ressort Mietgeschäfte (Baudirektion, Immobilienamt), für die Kantonspolizei einen Parkplatz beim Polizeiposten Adliswil, Zürichstrasse 25 in Adliswil. Vermieterin ist die Anlagestiftung der Migros-Pensionskasse in Schlieren. Im Rahmen des Immobilienportfolios, das an Dritte vermietet wird, bestehen zwischen dem Kanton Zürich, vertreten durch das Ressort Propertymanagement (Baudirektion, Immobilienamt) und der Genossenschaft Migros keine Miet- oder Pachtverträge. Es besteht jedoch ein Mietvertrag für einen Parkplatz an der Zollstrasse 36 in Zürich für einen «migrolino Shop». Durch das Ressort Propertymanagement wird zudem regelmässig Heizöl bei der Migrol AG beschafft. Die letzte Heizöllieferung durch die Migrol AG fand im Mai 2019 statt, da dieses Angebot das günstigste der offerierenden Anbieter war.

Zu Frage 3:

Der Regierungsrat betreibt kein systematisches Monitoring betreffend die geschäftlichen Aktivitäten der Migros. Selbstverständlich nimmt er jedoch von den aktuellen Geschehnissen Kenntnis.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Staatskanzlei.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli